

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kreuzmann.

Thomas Kreuzmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Artus, bei Ihrer Schilderung unseres Gesundheitssystems mit den abgeschnittenen Fingern müsste man Angst haben, sich in die Krankenhäuser zu begeben.

(Kersten Artus DIE LINKE: Ja! – Lydia Fischer CDU: Das Gegenteil ist der Fall!)

Jeder müsste Angst haben, sich überhaupt noch irgendwo in Hamburg medizinisch versorgen zu lassen. Sie vergiften den Brunnen, aus dem wir alle trinken.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker GAL)

Wenn man Sie so reden hört, Frau Artus, dann steht das gesamte Gesundheitssystem in Hamburg kurz vor dem Zusammenbruch. In Wirklichkeit zeigt sich aber das grundsätzliche Problem Ihrer Partei mit der Privatwirtschaft.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker GAL)

Sie sollten längst begriffen haben, dass die Zeiten vorbei sind, in denen der Staat alles regelt, alles plant und alles bestimmt. Sie suchen verzweifelt Beweise dafür, dass der Verkauf des LBK falsch war. Auch dieser Antrag ist ein solcher untauglicher Versuch.

(Wolfgang Rose SPD: Da braucht man nicht lange zu suchen!)

Vielleicht ist es Ihnen entgangen, dass die Schuldenspirale des LBK gestoppt

werden musste. Nun aber zu Ihrem Antrag: Grundsätzlich haben Sie recht damit, dass der Arbeitsschutz bei Zeitarbeitern nicht so wirksam ist wie bei der Stammebelegschaft. Die Unfallhäufigkeit ist höher, weil Zeitarbeiter bei wechselnden Arbeitsstätten mit unterschiedlichen Arbeitsabläufen konfrontiert werden. Sie sind nicht so in den Informationsfluss im Unternehmen eingebunden wie die Stammebelegschaft. Dies gilt aber grundsätzlich und ist nicht ausschließlich auf Asklepios zu beschränken. Beim Amt für Arbeitsschutz gibt es keine Erkenntnisse, dass es in den Asklepios-Krankenhäusern durch vermehrten Einsatz von Zeitarbeitern zu Verstößen gegen Arbeitsschutzvorschriften gekommen ist. Aus Sicht der Gesundheitsvorsorge ist es natürlich zu begrüßen, dass möglichst viele Stellen mit Stammebelegschaft besetzt werden. In allen Hamburger Krankenhäusern müssen aber auch zeitweilig Pflegekräfte von Zeitarbeitsfirmen beschäftigt werden. Dies ist keine Besonderheit der Asklepios-Häuser. Diese sogenannten Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen werden in der Pflege eingesetzt, wenn zum Beispiel große Personalausfälle zu verzeichnen sind oder Bereiche nur temporär betrieben werden, vor allen Dingen in Spitzenzeiten. Ihre Behauptung in der Antragsbegründung, bei den Asklepios-Krankenhäusern würde durch eine ständig steigende Zahl von Leiharbeitsplätzen – Sie betonen das mehrfach, auch gerade in Ihrer Rede – die tarifliche Beschäftigung unterwandert, ist doch völlig an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall bei der CDU)

In Wahrheit, und das sind die jüngsten Zahlen, wurde in den letzten zwölf Monaten der Personalbestand sogar erhöht, die Anzahl der Auszubildenden um 4,8

"Leiharbeit bei Asklepios"

Prozent gesteigert und die Zahl der externen Beschäftigten – das ist Ihre Kritik – um 8,3 Prozent gesenkt. Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Zahlen mit den 30 Prozent hatten, das ist auf jeden Fall nicht seriös. Im Rahmen der Systemkontrolle hat das Amt für Arbeitsschutz in den letzten sechs Jahren festgestellt, dass die Beschäftigung von Zeitarbeitskräften in den Asklepios-Häusern gering war. Die Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie (GDA) hat das Thema Zeitarbeit zu ihrem Schwerpunkt erklärt. Um die aktuelle Situation zu erfassen, plant das Amt für Arbeitsschutz für 2010, auch die einzelnen Asklepios-Häuser aufzusuchen und zu überprüfen. Die Arbeitgeber der Asklepios-Krankenhäuser, die Gewerkschaft und der Betriebsrat befinden sich zurzeit in Verhandlungen und auch heute haben Verhandlungen stattgefunden. All das, was wir gerade machen, ist prinzipiell kontraproduktiv. Wir dienen damit nicht der Sache. Lassen Sie diejenigen die Hausaufgaben machen, die dafür bestimmt sind, und nicht uns.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker* GAL)

Genau hier sehe ich Ihre eigentliche Motivation für Ihren Antrag. Sie wollen Stimmung für eine Seite der Tarifpartner machen. Für meine Fraktion gilt aber weiterhin der Grundsatz, dass sich die Politik aus dem Tarifgeschäft heraushält. Die genannten Zahlen zeigen, dass es für Ihren Antrag überhaupt keinen Anlass gibt. Der Senat nimmt seine Kontrollfunktion im Aufsichtsrat wahr. Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass der Senat eine Umwandlung von Stammarbeitsplätzen in Zeitarbeitsplätze im Aufsichtsrat verhindern wird. Daher sehen wir für die von Ihnen beantragte Initiative zurzeit keinen Handlungsbedarf

und werden Ihren Antrag ablehnen. – Danke.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker* und *Andreas Waldowsky*, beide GAL)